Handelsblatt

» Drucken

GRIECHENLAND

26.05.2011, 16:55 Uhr

Jetzt spricht der kaltherzige Ökonom

von Josef Joffe

Das Undenkbare zu denken muss auch in der Euro-Zone erlaubt sein. Argentinien hat den Schuldenschnitt erlebt - und überlebt.

Josef Joffe ist Mitherausgeber der "Zeit"

Berlin. Griechenland wird Mitte Juli zahlungsunfähig sein - pleite auf gut Deutsch. Das Wort ist dem hebräischen "pleitah" für "Flucht" entlehnt, eine hübsche Metapher, auf die wir gleich zurückkommen. Portugal ist unter dem Rettungsschirm, in Spanien meutert die Jugend, in Italien wächst die Angst vor der Attacke gegen das eigene Land.

"Flucht" ist ein Wörtchen, das kaum ein Ökonom und schon gar kein Politiker in den Mund zu nehmen wagt: der Abschied der Pleitiers aus der Währungsunion. Wer auch nur darüber nachsinnt, gerät in die Wahnsinns- oder Ketzer-Zone - ab mit ihm auf die Couch oder in den verschärften Kloster-Arrest. Nun gibt es in der Tat höchst gewichtige Argumente gegen den Ausbruch. Der Rausschmiss geht schon mal nicht; dieses Türchen haben die Architekten des Maastricht-Vertrags vergessen oder verworfen. Der freiwillige Ausstieg könnte sich als schmerzlicher als die Qual des Bleibens entpuppen. So einfach wie bei der westdeutschen Währungsreform von 1948 wäre es diesmal nicht. Damals wurde die D-Mark insgeheim in Amerika (Operation Bird Dog) gedruckt und in 23000 Kisten nach Bremerhaven verschifft. Verkündet wurde der Umtausch an einem Wochenende, die Banken blieben bis Montag zu. Damals, kurz nach Kriegsende, gab es auch keine globalisierten Finanzmärkte.

Wie heute Tausende von Geldautomaten über Nacht umstellen? Die Bankcomputer umprogrammieren? Noch bevor der Druck neuer Drachmen begönne, bräche ein Run aus. Millionen würden die Banken stürmen, um ihr Geld in Euro zu sichern. Der Crash könnte alle europäischen Banken erfassen, die Griechen-Papiere halten. Dazu kämen Panikverkäufe ringsum, Griechen-Bonds stürzten ins Bodenlose. Zum Schluss müsste der europäische Steuerzahler auch die eigenen Banken retten. Der Sturm über der Ägäis könnte sich zum europaweiten Tsunami ausweiten.

Den fürchten wir wie der Teufel den Erzengel Gabriel; also werden wir zahlen und die Griechen bedrängen, immer mehr Tafelsilber zu privatisieren - ein paar Ferieninseln mit dazu. Eine bizarre Aussicht: Kreta, einst von der Wehrmacht im Sturm genommen, wird wieder deutsch, aber ganz friedlich. Die Abwicklung betreibt eine "Treuhand" für die Treulosen, die das Angenehme - niedrige Zinsen - geschätzt, aber die Verantwortung - sparsames Haushalten - gescheut haben.

Nur (jetzt spricht der kaltherzige Ökonom): Die Dauer-Stütze für die Verschwender löst das Problem nicht. Ohne den qualvollen Umbau ihrer Wirtschaft und Politik können die Griechen (die Portugiesen, die Spanier ...) nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedergewinnen. Sie können nicht einmal sparen. Wie denn in einer Wirtschaft wie der griechischen, die im letzten Quartal 2010 minus 5,5 Prozent Wachstum aufwies und jetzt stagniert?

Deshalb ein Blick zurück auf den Beelzebub: den Euro-Ausstieg. Die Logik? Wer sich nicht reformieren kann, flüchtet in die Abwertung, um so halbwegs wettbewerbsfähig zu werden und die Zahlungsbilanz aufzurichten. Eine Horrorvision? Das Beispiel Argentinien besagt: Der Anfang ja, aber das Ende war happy. Das Land war zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts in einer Währungsunion mit dem Dollar eingemauert. Die Leistungsbilanz verfiel, die Auslandsschulden stiegen. Ein Rettungspaket folgte dem anderen, doch das Geld verpuffte. Aufruhr in den Städten, Regierungen stürzten. Buenos Aires erklärte die Staatspleite und flüchtete aus der Währungsunion. Der Peso kollabierte, die Leute schleppten ihr Geld kofferweise ins Ausland.

Doch wie sang Evita? "Don't cry for me, Argentina." Nach dem 100-Milliarden-Dollar-Default wurden 65 Prozent der Schulden wegrasiert. Vorher war ein Peso einen Dollar wert gewesen, nun sackte er auf 3,5 ab. Und die Abwertung funktionierte wie im Lehrbuch: Exporte rauf, Importe runter. Heute zeigt die Handelsbilanz

ein Plus von zwölf Milliarden Dollar, drei Prozent vom BIP. Die Investoren sind längst zurückgekehrt. Das Wachstum liegt bei stolzen neun Prozent. Die Staatsschuld hat sich mehr als halbiert und ist auf traumhafte 41 Prozent vom BIP gefallen. Das schafft heute keine der großen westlichen Volkswirtschaften; die Hellenen marschieren in Richtung 160 Prozent.

Natürlich sprechen hundert Gründe gegen den Vergleich Griechenland/Argentinien. Natürlich wollen wir die Flucht aus dem Euro verhindern. Doch zur Krisenplanung gehört immer der "worst case". Trotz aller Unterschiede sind die Parallelen unheimlich: Währungsunion, billiges Geld, Verschwendung, Ressourcen-Fehlleitung, Privilegienwirtschaft, Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, ein halbes Dutzend Rettungspakete - und dennoch brutale Umschuldung: 35 Cent auf den Dollar.

Gehört auf die Couch oder ins EU-Umerziehungslager, wer über den nächsten Schritt - Abkopplung und Abwertung - nachdenkt? Therapeuten und Pädagogen bitte melden.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit". Sie erreichen ihn unter: joffe@handelsblatt.com

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG
Verlags-Services für Werbung: **www.iqm.de** (**Mediadaten**) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | **Sitemap** | **Archiv**
Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.